

Enttäuschung in Ensdorf über Entscheidung

Die Ankündigung des Innenministeriums, die Landesfeuerwehrschule nach Homburg zu verlegen, hat in Ensdorf für Enttäuschung gesorgt. Schließlich hatte man aus Sicht der Gemeinde mit dem brachliegenden Areal um das ehemalige VSE-Kraftwerk doch einen scheinbar passenden Standort gefunden. Warum dieser aber doch nicht so passend ist, erklärte nun das Ministerium.

VON TOM PETERSON

ENSDORF Es ist eine Entscheidung, auf die man auch in der Gemeinde Ensdorf gespannt gewartet hat.

Umso größer fiel dann die Enttäuschung aus, als das Innenministerium bekannt gab, dass die neue Landesfeuerwehrschule in Homburg gebaut werden wird (wir berichteten).

Denn auch in Ensdorf hatte man sich Hoffnungen gemacht, der künftige Standort zu werden – und damit das Areal um das ehemalige VSE-Kraftwerk wiederzubeleben.

Dabei sah es für die Gemeinde zunächst recht gut aus. Nachdem das Innenministerium vor einem Jahr einen Aufruf an alle saarländischen Kommunen in Sachen neuer Landesfeuerwehrschule verschickt hatte, begab man sich auch in Ensdorf auf die Suche nach einem möglichst passenden Standort.

Und den machte die Gemeinde auf dem ehemaligen VSE-Kraftwerksgelände, beziehungsweise auf dem nördlich daran angrenzenden Saarplateau-Gewerbegebiet aus.

Nach Abstimmungen zwischen Ministerium und dem Flächeneigentümer sowie einem gemeinsamen Vor-Ort-Termin habe der Standort „mit seiner guten verkehrstechnischen Anbindung und der vorhandenen Infrastruktur mehr und mehr überzeugen können“, weswegen sich die Gemeinde in der engeren Auswahl der finalen Standortfindung befand, wie Gemeindegabriele Schumacher auf Anfrage unserer Zeitung erklärt.

In den eigentlichen Auswahlprozess wurde die Gemeinde dann jedoch nicht eingebunden, „wohl deshalb, weil die Gemeinde nicht der Eigentümer des Grundstücks ist“,



Das Gelände des ehemaligen VSE Kraftwerks hatte die Gemeinde Ensdorf wegen der guten Verkehrsanbindung als möglichen Standort für die neue Landesfeuerwehrschule vorgeschlagen. Doch daraus wird nichts, denn das Land entschied sich letztendlich für ein Grundstück in Homburg. ARCHIVFOTO: IRIS MARIA MAURER

wie Schumacher vermutet.

Der ist nämlich weiterhin die VSE. „Die Entscheidung, dass die Stadt

NEU ★★★★★

„Kommunalpolitik“ ist eine der neuen Schwerpunktseiten in Ihrer SZ. Hier geht es um alles Politische in der Region.

Homburg den Zuschlag erhalten hat, haben wir der Presse entnommen“, erklärt Schumacher.

Eine Entscheidung, die man im Rathaus wohl auch nicht ganz unkritisch sieht.

Denn die Gemeinde Ensdorf erfülle „mit ihrem Standortvorschlag die gleichen Bedingungen in Bezug auf Verkehrsanbindung und Nachbarschaftsschutz, wie die Stadt Homburg mit ihrer Grundstücksfläche“, erklärt Schumacher. Dennoch gratuliert man der Stadt Homburg zu dem Zuschlag.

Enttäuscht von der Entscheidung des Innenministeriums zeigten sich auf SZ-Anfrage auch die beiden innenpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen im Saar-Landtag, Raphael Schäfer (CDU) und Petra Berg (SPD). Beide hatten sich Anfang des Jahres für den Standort Ensdorf stark gemacht (wir berichteten ebenfalls).

„Ich bin schon sehr enttäuscht, aber objektiv ist die Entscheidung des Innenministeriums nachvollziehbar“, sagt Schäfer.

Dieses erklärte auf SZ-Anfrage, dass man sich unter anderem deswegen gegen den vorgeschlagenen Standort in Ensdorf entschieden habe, da dieser sich in unmittelbarer Nähe zu einem ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet sowie in einem Hochwasserrisikogebiet befindet.

Hauptgrund ist laut dem Ministerium jedoch, dass die angebotene Fläche „nicht der Mindestanforderung für die Größe entsprach“. Die Gemeinde habe demnach nur

ein knapp 10 000 Quadratmeter großes erschlossenes Grundstück anbieten können, für das bereits ein Baurecht – sprich ein Bebauungsplan – besteht.

Gefordert waren vom Innenministerium allerdings mindestens 20 000 Quadratmeter. „Hinsichtlich der weiteren optionalen Flächen im Bereich des ehemaligen Kraftwerks der VSE AG soll erst ein städtebaulicher Vertrag zwischen Gemeinde und der VSE AG abgeschlossen werden“, nennt das Ministerium einen weiteren Grund für seine Entscheidung.

Warum also hat die Gemeinde Ensdorf das Gebiet angeboten,

KOMMENTAR

Verpasste Chance für die Gemeinde

Es wäre der Gemeinde Ensdorf zu wünschen gewesen, dass sie als neuer Standort für die Landesfeuerwehrschule ausgewählt worden wäre. Denn auf diese Weise wären gleich zwei Probleme in der Region gelöst worden. Zum einen hätte das Areal um das ehemalige VSE Kraftwerk wieder belebt werden können, das schon viel zu lange ungenutzt brach liegt. Zum anderen hätte man so auch ein Zeichen für die Wichtigkeit der Feuerwehrarbeit vor Ort setzen können, die in vielen Gemeinden leider oft noch auf zu wenigen und zudem ehrenamtlichen Schultern lastet. Eine Landesfeuerwehrschule in unmittelbarer Nachbarschaft hätte diese gesellschaftlich essenzielle Aufgabe in der Bevölkerung vielleicht wieder etwas attraktiver machen können. Stattdessen bleibt der Eindruck, dass eine wichtige Chance für die Region verpasst wurde. Auch wenn die Gemeinde für die Entscheidung, die neue Landesfeuerwehrschule nach Homburg zu verlegen, keine Schuld trifft – immerhin ist dies immer noch eine Entscheidung des Innenministeriums – so hätte etwas weniger Optimismus und dafür etwas mehr konkrete Planungssicherheit für den Entscheider sicherlich geholfen.



TOM PETERSON

wenn es nicht für alle Abschnitte einen gültigen Bebauungsplan gibt? „Wir gingen damals jedoch davon aus, dass dieser kurzfristig umgesetzt wird. Leider hat sich das Verfahren wider Erwarten verzögert“, erklärt Gabriele Schumacher.

Warum es hier zu Verzögerungen kommt, wollte man im Rathaus auch nach mehrmaliger Nachfrage allerdings nicht sagen.

Man befände sich weiterhin mit der VSE „in der Feinabstimmung für die Ausarbeitung des städtebaulichen Vertrages“ und sei „sehr zuversichtlich, dass entsprechende Beschlüsse zeitnah gefasst werden“, hieß es weiter.